

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 73 (1981)
Heft: 9

Buchbesprechung: Buchbesprechungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Buchbesprechungen

Harry Hoefnagels: Die neue Solidarität, Ausweg aus der Wachstumskrise. 216 Seiten, Verlag Kösel, München 1979.

Von 1960 bis 1975 hat sich in der westlichen Welt der Energieverbrauch je Kopf verdoppelt, gleichzeitig muss damit gerechnet werden, dass die Erdölvorräte in 20–30 Jahren erschöpft sein werden. Die Abgase von Ölheizungen und Autos erhöhen fortwährend den Kohlendioxydgehalt der Luft und erzeugen das Risiko einer verhängnisvollen Klimaveränderung. Die Rohstoffvorkommen der Erde sind begrenzt, und ihr fortschreitender Abbau wird zu Rohstoffverknappung und steigenden Rohstoffpreisen führen. Der Waldbestand, der Regulator von Klima, Wasserhaushalt und Erzeuger von Sauerstoff, nimmt jährlich um ein Prozent ab. Düngen wir den Boden übermäßig mit chemischem Kunstdünger, so laugen wir die Humusschicht aus. Übertriebene Schädlingsbekämpfung zerstört natürliche Kreislaufprozesse, gefährdet die Gesundheit von Mensch, Tier, Pflanzen und Wasser. Wir können unsere Umwelt nicht grenzenlos mit Abwärme, Abfällen und Abwasser belasten, ohne sie, die doch unsere Lebensgrundlage ist, zu zerstören.

Hoefnagels sieht im liberalen Kapitalismus eine Hauptursache des heutigen Wirtschaftswachstums, in dem allzuwenig auf die Natur Rücksicht genommen und auf Lebensqualität viel zu wenig geachtet wird.

Er kritisiert die Überschätzung des Marktes als Lenkungs- und Ordnungsprinzip in der liberalen Wirtschaft: Nur durch die wachsenden Eingriffe des Staates in die liberalkapitalistische Wirtschaft wird verhindert, «dass es zu unzumutbaren Härten oder krassen Schädigungen des Gemeinwohls kommt», staatliche Betätigung und Subventionierung sorgen dafür, «dass sozial wichtige, aber ‚unrentable‘ Aufgaben erfüllt werden.» Hoefnagels sieht auch im Liberalkapitalismus eine Hauptursache der heutigen Umweltschäden und rücksichtslosen Ausbeutung der Natur, weil dieser zu einer Wirtschafts- und Staatsordnung führte, die sich primär an den Interessen und der persönlichen Freiheit des Einzelnen orientiert, nicht primär an allgemeinen menschlichen Werten sowie nicht am Wohl des Volkes und künftiger Generationen. (Vgl. S. 42 f., 64, 70 f., 87 f., 92.)

Angesichts der heutigen Problematik des Wirtschaftswachstums und der dringend notwendigen Ausrichtung von Produkten, Konsum und Lebensstil auf mehr Lebensqualität fordert Hoefnagels von Nationalökonomie, Soziologie, Naturwissenschaften und Technik politische, gesellschaftliche, technische und wirtschaftliche Lösungen und Bedingungen zu erarbeiten, die allen ein menschenwürdiges Dasein gewährleisten und uns von der Ausbeutung der Natur weg zu ihrer Erhaltung führen. Die wissenschaftliche Forschung muss auf soziale Ziele ausgerichtet und in ihre gesellschaftliche Verantwortung eingebunden werden: also keine Wahrheitsforschung nur um der Wahrheit und des Wissens willen. Sozial- und Naturwissenschaften haben sich zu fragen: Wie muss langfristig gewirtschaftet und mit der Natur verfahren werden, wenn die wirtschaftliche Zukunft der Menschheit nicht zerstört und die Natur nicht fundamental gefährdet werden soll? Hoefnagels verlangt eine neue Wirtschaftswissenschaft, welche die volkswirtschaftlichen Kosten und Gewinne in die normale volkswirtschaftliche Analyse und in die Berechnung des Sozialproduktes einbezieht: Jede wirtschaftliche Tätigkeit ist daraufhin zu untersuchen, ob sie nicht nur privaten Gewinn, sondern auch soziale Unkosten (Schichtarbeit zum Beispiel verursacht Gesundheitsschäden und belastet die Krankenversicherungen) und Umweltkosten verursacht, ob sie im gesellschaftlichen Gesamtinteresse liegt, ob sie nach gesellschaftlich-wirtschaftlichen Massstäben nicht unwirtschaftlich ist.

Der Verfasser fordert von uns allen, dass wir langfristig unsere Bedürfnisse an die Gegebenheiten der Erde anpassen, vom Erwerbs- oder Gewinnprinzip zum Haushalt- und Sparprinzip übergehen, unseren üblichen Kapitalbegriff erweitern, unter Kapital nicht nur verwertbaren Tauschwert, sondern auch die Natur und ihre Reichtümer als biologisches oder ökologisches Kapital verstehen.

Das langfristige gemeinsame Interesse muss Bestandteil des wirtschaftlichen Denkens und Handelns werden. Jeder soll nur in der Masse verdienen, als er sich um die Gesellschaft verdient gemacht hat. Die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen müssen auf gegenseitiger Anerkennung beruhen und durch die Einsicht geprägt werden, dass wir in allen Bereichen

von Wirtschaft und Gesellschaft auf die Mitmenschen und das Gemeinwohl Rücksicht zu nehmen haben. (Vgl. S. 51 f., 93–99, 128–141.)

Soll unsere Volkswirtschaft auf mehr Lebensqualität ausgerichtet werden, dann darf sie nicht mehr im heutigen Ausmass antagonistisch durch die Konkurrenz aller mit allen geprägt werden. Sie muss gesellschaftlich gesteuert werden von in Gemeinschaft verbundenen Menschen, die mit Willen und Bewusstsein als sich selbst bestimmende Menschen ihr Schicksal und ihre Zukunft selber in die Hand nehmen und alle wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen in öffentlicher und herrschaftlicher Diskussion vorbereiten in Einschätzung ihrer sozialen Kosten und ihres sozialen Nutzens.

Praktisch heisst das einmal die konsequente Durchführung der paritätischen Mitbestimmung im sozialen und wirtschaftlichen Bereich von Unternehmen und Produktion, aber auch der Mitbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft (zum Beispiel durch direkte demokratische Einflussnahme der Bürger auf die Stadt-, Regional- und Strassenplanung). Weiter muss das Kapital in einer solchen Form vergesellschaftet werden, dass es im Dienst der Menschen steht und an das Interesse des Gemeinwohls gebunden wird. Dann wird auch die Entwicklung der Technik nicht mehr vor allem durch private oder nationalistische Macht- und Wirtschaftsinteressen bestimmt, sondern sie wird einer demokratischen Kontrolle unterstellt und so den Gegebenheiten und Bedürfnissen des arbeitenden Menschen, der Volksmehrheit und der Natur angepasst. Nur wenn die Menschen derweise in allen Bereichen von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Unternehmen mitbestimmen und entscheiden können, entrichten sie dem Schicksal, entweder der Willkür privater Unternehmer und Kapitalbesitzer oder des staatlichen Dirigismus ausgeliefert zu sein. (Vgl. S. 97–99, 103–125, 144, 155–158, 169, 171, 185–189.)

Jules Magri

G. Rehse: Brain Drain. Herausgegeben vom Institut für Sozialethik des SEK, Entwicklungspolitische Diskussionsbeiträge Nr. 20, Fr. 9.–.

Die Abwanderung von Menschen mit qualifizierter Ausbildung aus den Süd- in die Nord-Länder ist ein entwicklungspolitisches Problem, das in der Schweiz noch kaum diskutiert worden ist. Die leicht lesbare, sorgfältige Studie von G. Rehse, die soeben vom Institut für Sozialethik des SEK, Entwicklungsstudien, in Zusammenarbeit mit «Brot für Brüder» herausgegeben wurde, bietet dazu eine geeignete Grundlage.

In internationalen Gremien wird seit Ende der 60er Jahre das Problem «Brain Drain» studiert. Die Untersuchungen richten sich dabei auf jene Staaten, mit einer grossen Zahl von hochqualifizierten Einwanderern aus Entwicklungsländern: etwa 305 000 bestqualifizierte Arbeitskräfte aus Entwicklungsländern wanderten von 1961 bis 1976 nach Kanada, Grossbritannien und die USA ab (Ärzte, Wissenschaftler, Ingenieure, technische Angestellte). Bei der Untersuchung der *Ursachen des Brain Drain* erwies sich die gängige Einschätzung als falsch, wonach die Einkommensunterschiede hauptsächlich die Wanderungsbewegungen auslösten. Wichtiger sei die Situation auf dem Arbeitsmarkt des Heimatstaates, insbesondere auch die Ausstattung der angebotenen Arbeitsplätze. Als Grundursache ergibt sich ein Grad der Ausbildung, der in vielen Fällen nichts mit den Erfordernissen der heimischen Wirtschaft zu tun hat (Überqualifikation).

Bei der Diskussion der Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (Studien und Berichte aus dem Institut für Sozialethik SEK, Nr. 26/27) wurde erstmals aufgezeigt, wie auch die schweizerische Volkswirtschaft aus dem Brain Drain Nutzen zieht. Daraus entstand das Bedürfnis, die Verhältnisse genauer abzuklären.

Beim *Brain Drain in die Schweiz* wurden die Berufsgruppen Architekten, Ingenieure, Techniker, Ärzte, Apotheker, im Erziehungsbereich Tätige, Wissenschaftler und weitere Berufstätige erfasst. Insgesamt hielten sich 1979 2260 Arbeitskräfte aus Entwicklungsländern in der Schweiz auf, die dem Brain Drain zuzurechnen sind, nämlich:

- 554 Architekten, Ingenieure und Techniker,
- 406 Ärzte und Apotheker,
- 410 im Erziehungsbereich Tätige,
- 890 Wissenschaftler und übrige Berufstätige.

Mehr als die Hälfte stammen aus asiatischen Ländern, wovon allein aus Indien 280 Personen. Je ein Fünftel kommen aus Afrika (Ägypten allein 129) und aus Lateinamerika (Argentinien

allein 117). Dazu kommt das medizinische Personal (ohne Ärzte), insgesamt 1475 Personen vor allem aus kleineren Ländern wie Uruguay, Haiti, Südkorea und Philippinen.

Für die Zukunft muss mit einem Anstieg des Brain Drain gerechnet werden, da sich eine Tendenz zur Internationalisierung des Arbeitsmarktes für Hochqualifizierte zeigt. Hohe Studentenzahlen aus den Entwicklungsländern, die bereits heute einen relativ hohen Bestand an Hochqualifizierten in der Schweiz aufweisen, unterstützen diese Prognose.

Der Brain Drain hat eine nicht zu unterschätzende *Auswirkung für die schweizerische Volkswirtschaft*. So werden Arbeitskräfteengpässe vor allem im Bereich der Ärzte und des medizinischen Personals nicht unwesentlich durch Erwerbstätige aus der Dritten Welt vermindert. Auch ergibt sich dadurch eine Ersparnis an Ausbildungskosten, die auf jährlich rund 8 Millionen Franken zu veranschlagen ist. Das kommt einer Entwicklungshilfe der Dritten Welt an die Schweiz gleich. Ebenso wird das Volkseinkommen erhöht, je nach Schätzungsart handelt es sich um 180–340 Millionen Franken. Dieser Betrag liegt nahe der Höhe der schweizerischen Entwicklungshilfe insgesamt (343 Mio. Fr. 1979). Durch hochqualifizierte Schweizer in Entwicklungsländern sind entsprechend gegenteilige Wirkungen festzustellen, die aber geringer ausfallen dürften. Zudem ist der Stellenwert der in Entwicklungsländern tätigen Schweizer ein anderer für die hochentwickelte schweizerische Volkswirtschaft (weniger gravierende Auswirkungen). *In einer Nettobilanz profitiert also die Schweiz vom Brain Drain aus Entwicklungsländern.*

Als *Massnahme gegen den Brain Drain* wird im internationalen Bereich vor allem die Erhebung einer Steuer gefordert (UNCTAD-Verhandlungen). Sie könnte jährlich bis zu einer Milliarde US-Dollar erbringen als Entgelt für die Verluste der Entwicklungsländer an Ausbildungsinvestitionen und Einkommen. Doch würde eine solche Steuer nicht an den Ursachen des Brain Drain ansetzen, vielmehr kurzfristig dessen negative Auswirkungen mildern. Deshalb wird sie im Schlusskapitel als ein möglicher Beitrag der Schweiz neben anderen zur Verminderung des Brain Drain angeführt. Ebenso wichtig wären:

- Unterstützung der Bemühungen der Entwicklungsländer zur Schaffung eines angepassten Beschäftigungspotentials in Landwirtschaft und Industrie sowie entsprechende Ausbildungsgänge, die die Abwanderung in die Industrieländer verunmöglichten;
- Unterstützung bei der Errichtung eigener Forschungskapazitäten;
- Bildung regionaler Zusammenschlüsse der Entwicklungsländer zwecks Selbstbestimmung der Bildungsinhalte und entsprechende Beihilfe der Schweiz;
- restriktivere Zulassung von Hochqualifizierten aus Entwicklungsländern auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt und vermehrte Anstrengungen zur Reintegration von Studenten und Berufstätigen aus Entwicklungsländern (Berücksichtigung im neuen Ausländergesetz).